

Windkraft: Keine Einigung im Rat

Erneuerbare Energien Die Stadt Giengen gibt nach einem Beschluss des Gemeinderats keine Stellungnahme zu den Windkraft-Plänen des Regionalverbands ab. *Von Jens Eber*

Auch nach längerer Diskussion konnte sich der Giengener Gemeinderat am vergangenen Donnerstag nur die Entscheidung abringen, eigentlich nichts zu entscheiden. Abgestimmt wurde über den etwas verzwickten Antrag der Stadtverwaltung, der Rat möge die Verwaltung damit beauftragen, gegenüber dem Regionalverband Ostwürttemberg eine Stellungnahme zum Anhörungsentwurf für die „Teilfortschreibung Windenergie 2025“ des Regionalplans abzugeben. Dabei handelt es sich um einen von mehreren Verfahrensschritten, um sogenannte Vorranggebiete für die Windkraft festzulegen. Die endgültige Entscheidung darüber, auf welchen Flächen Windkraftanlagen in Zukunft grundsätzlich gebaut werden könnten, trifft der Regionalverband erst in der zweiten Jahreshälfte 2025.

Das Thema war für den Rat nicht neu: Bereits im Februar hatte das Gremium umfangreich über mögliche Windkraftflächen beraten, dabei beschlossen, die Abstandsflächen zwischen Anlagen und Bebauung zu verringern. Auch die Entscheidung, zwei potenzielle Vorrangflächen im Bereich Kirnberg und Hoher Stich an den Regionalverband zu melden, fiel damals. Das Ergebnis im Februar war vergleichsweise knapp: 13 Ratsmitglieder stimmten dafür, neun dagegen.

Patt im Gemeinderat

Am Donnerstag kam es dagegen zum Patt: Zehn Rätinnen und Räte stimmten dafür, zehn dagegen, vier enthielten sich. In der Folge, das hatte Oberbürgermeister Dieter Henle vorab erklärt, wird die Stadt in dieser Phase der Anhörung keine Stellungnahme abgeben. Das bedeutet freilich nicht, dass die mögliche Nutzung der beiden Gebiete für den Bau von Windparks damit ausgeschlossen ist. Die Entscheidung liegt ohnehin beim Regionalverband. Henle ist Vertreter der Stadt Giengen im Regionalverband.

Bereits in der Bürgerfragestunde zu Beginn der Gemeinderatsitzung war die Windkraft-Thema gewesen. Dabei wurde etwa der Vorwurf laut, von möglichen



Eine Windkraftanlage im Wald: Viele Menschen stören sich an diesem Anblick.

Foto: stock.adobe.com/ Andy Ilmberger

Windparks an diesen Standorten gehe Gesundheitsgefährdung aus, die Stadtverwaltung handle „ignorant“. Dagegen verwahrte sich Henle. Zwar sei es richtig, dass es unterschiedliche Kategorien von Vorranggebieten gibt und dass die beiden von der Stadt Giengen gemeldeten Flächen „konfliktbehaftet“ sind. Die Entscheidung darüber, ob diese Flächen dennoch zu Vorranggebieten erklärt werden, treffe jedoch die Vollversammlung des Regionalverbands, auch auf Basis aller bis dahin eingehenden Stellungnahmen.

Bürgermeister Alexander Fuchs erinnerte nochmals daran, dass sich Gemeinderat und Stadtverwaltung das „hohe Ziel“ gegeben hätten, bis 2035 klimaneutral zu

werden. Daher müsse man sich vom sogenannten Träger öffentlichen Belange in der Region haben bis zum 15. Juli Zeit, Stellungnahmen zum Plan-

Die Diskussion im Rat spiegelte bereits das spätere Entscheidungsergebnis wider. „Windräder gehören nicht in den Wald“ erklärte Stadträtin Ute Goppelt (SPD). Man könne sie entlang der Autobahn oder in Industriegebieten bauen.

Bürgermeister Fuchs entgegnete, Wald habe einen hohen Wert,

Der Fahrplan für den Windkraft-Plan

Die Kommunen und die sogenannten Träger öffentlicher Belange in der Region haben bis zum 15. Juli Zeit, Stellungnahmen zum Plan-

entwurf des Regionalverbands abzugeben. Nach Auswertung der erwarteten dreistelligen Zahl von Stellungnahmen wird der Plan womög-

lich erneut offengelegt. Spätestens bis zum 30. September 2025 muss der Verband einen Satzungsbeschluss fassen.

„den sprechen wir aber auch der Windkraft zu“.

Sorge ums Naherholungsgebiet

Werner Bader (CDU-Wählerblock) vertrat eine konträre Meinung: „Wir sollten uns der Entwicklung nicht verschließen.“ Sollte der Regionalverband die Flächen aufnehmen, hätte die Stadt dank überwiegender Eigentümerschaft immer noch die Möglichkeit, einen Bau abzulehnen. Klimaschutz und Nachhaltigkeit seien wichtig, so Bader, in der Konsequenz würden Windparks oder Freiflächen-PV-Anlagen dennoch immer wieder abgelehnt. „Wir wollen nix, aber saubere Energie, da müssen wir Kompromisse eingehen“, so Bader.

Er nehme wegen des Standorts starke Unruhe in Giengen wahr, nicht zuletzt, weil sich in diesem Bereich das Naherholungsgebiet vieler Giengener befinde, berichtete der fraktionslose Stadtrat Martin Herrmann. Es sei wichtig, Akzeptanz für erneuerbare Energien zu gewinnen, die genannten Gebiete hätten aber viele Nachteile.

Das Wald wichtig ist, sei unbestritten, betonte Gaby Streicher (SPD). Allerdings setze der durch den Menschen beschleunigte Klimawandel auch dem Wald zu. „Uns läuft die Zeit davon, wir müssen massiv gegensteuern“, so Streicher. Baden-Württemberg hänge beim Windkraftausbau weit hinterher.

Wenig Auswirkungen

Er sei „total für Windkraft“, aber eben nicht in diesem Naherholungsgebiet, sagte Oswald Satzger (CDU-Wählerblock). Er sei dafür, lieber keine Stellungnahme abzugeben. OB Henle warnte davor, es sich zu einfach zu machen: „Man muss einen Standpunkt haben.“

Er halte nichts vom Sankt-Florian-Prinzip, immerhin gebe es einen gültigen Ratsbeschluss, diese Flächen anzumelden. Dennoch hatte sich am Ende bei der Abstimmung das Stimmengewicht im Rat leicht zugunsten der Gegner verschoben. Die Verwaltung ging in einer ersten Einschätzung nicht davon aus, dass das Ausbleiben einer Stellungnahme die Entscheidung des Regionalverbands beeinflussen werde.

Kommentar

Jens Eber
zur Diskussion um
die Windkraft



Ja, aber...

Nehmen wir mal an, es wäre nicht nur wissenschaftlicher, sondern auch gesellschaftlicher Konsens, dass es den Klimawandel gibt und dass er – ungebremst – verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit und Lebensqualität künftiger Generationen haben wird. Wie wollten wir den Menschen in 50 oder 100 Jahren erklären, dass wir mit den technisch einfach umsetzbaren Möglichkeiten zum Klimaschutz (Photovoltaik, Windkraft und natürlich Stromsparen) in der Gegenwart nicht so recht in die Pötte kommen wollten?

Da mag es ein Vorteil sei, dass die Mehrheit der heutigen Verantwortungsträger sich in fünf, sechs, sieben Jahrzehnten keinen bohrenden Fragen wird stellen müssen.

Mehr Entschlussfreude

Aber es sollte auch heute schon niemanden wundern, dass in der Breite der Bevölkerung keine so rechte Begeisterung für eine Energiewende aufkommen mag, wenn in der Politik so gezauert wird. Da hat der Giengener Gemeinderat leider kein Musterbeispiel für Entschlussfreude an den Tag gelegt. Gab es im Februar noch eine – wenn auch knappe – Mehrheit für eine Windkraft-Perspektive auf städtischer Gemarkung, gab es nun unterm Strich ein ausführliches „Ja, aber...“ zu hören.

Man könnte einwenden, dass es zu diesem Zeitpunkt egal war, weil die Stellungnahme der Stadt wenig Einfluss auf diesen Teil des Regionalplans haben wird. Im Umkehrschluss wäre genau das aber auch eine Gelegenheit gewesen, das selbstgesteckte Ziel der frühen Klimaneutralität selbstbewusst zu vertreten.

Wer hingegen glaubt, dass es eine Energiewende ohne jeden Einfluss auf das eigene Wohlbefinden geben wird, dürfte sich irren. Wenn wir Windräder so weit wie nur möglich aus unserem Blickfeld schieben, drehen sie sich im Panorama der Nachbarkommunen, deren Bürgerinnen und Bürger das genauso störend finden werden. So kommen wir aber nicht weiter.